

Kapitel 4: Garantieren, was uns alle schützt: Frieden und Sicherheit fördern



43. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
9. - 11. November 2018, Leipzig

Antragsteller*in: Walther Moser (Freiburg KV)
Status: Zurückgezogen

Änderungsantrag zu EP-S-01

Nach Zeile 350 einfügen:

Präambel:

Wir Grüne haben folgende Vision:

Wir Grüne wollen langfristig einen langsamen und schrittweisen Umbau des bisherigen Primats der militärischen Seite hin zu einem Primat der zivilen Seite der Sicherheits- und Konfliktbearbeitung vornehmen. Denn mit Waffen kann man langfristig keine Konflikte lösen, wie sich immer wieder gezeigt hat.

Grundsätzlich sollten militärische Massnahmen in allen EU-Staaten vom EU-Parlament kontrolliert werden. Die nationalen Armeen sollten schrittweise zusammen geführt werden, bis sie langfristig - wenn die Strukturen zur zivilen Sicherheitspolitik sich international als gefestigt erwiesen haben - unter UN-Kommando als Polizeimacht fungieren. Die Ausstattung dieser nationalen Armeen sollte kritisch überprüft werden auf wirkliche Notwendigkeit. Dementsprechend sollte die Produktion von Rüstungsgütern kritisch überprüft werden. Ausfuhr von solchen Gütern in Krisengebiete ist zu untersagen. Die später einmal nicht mehr benötigten beim Militär Beschäftigten können z.B. bei Technischen Hilfs- und Katastrophen-Diensten eingestellt werden.

Kurzfristig sollte die EU sich dem Aufbau einer starken Abteilung für zivile Konfliktbearbeitung mit vielen Friedens- und Konfliktbearbeitern mit Konflikt-Analyse-Zentrum widmen, die weltweit im Einsatz sein sollten.

Handelsverträge auf Augenhöhe mit dem Süden gehören unabdingbar zu einer gerechten Handelsordnung, damit in diesen Ländern die Bevölkerung soziale und wirtschaftliche Sicherheit sowie dadurch politische Stabilität entstehen kann. Sie sollten umgehend vereinbart werden.

Alle EU-Staaten sollten umgehend den Vertrag zur Abschaffung von Atomwaffen unterschreiben.

Auf internationale Ebene sollte die EU sich umgehend um einen langsamen Umbau der UN bemühen: Bildung von Sicherheitsräten auf den einzelnen Kontinenten - Stärkung einer internationalen, multinationalen Polizeimacht unter UN-Mandat. Im IWF sollte die Stimmrechtsverteilung zugunsten der Entwicklungsländer (aufstrebenden Staaten?) geändert werden. Aufbau von Mediations-Zentren zur Konfliktbearbeitung sollte umgehend erfolgen. Auf die Bildung einer Parlamentarischen Versammlung auf UN-Ebene sollte hin gearbeitet werden, in welcher Versammlung Vertreterinnen und Vertreter der einzelnen Staatsparlamente sitzen und für gerechte Lebensordnungen in und zwischen den Staaten sorgen können..

In allen Staaten sollten rasch Akademien zur Bildung der Bevölkerung von Konfliktbearbeitung aufgebaut werden.

Der Anteil von Frauen in der Politik sowie Konfliktbearbeitung sollte erhöht werden, da Frauen oft für Lösung von politischen Konflikten an der Basis gesorgt haben.

Begründung

Wir brauchen einen langsamen Umbau im nationalen und internationalen Bereich, um Frieden und Sicherheit zu stabilisieren. Die bisherige Strategie ist dazu nicht geeignet, wie die militärischen Aktionen in aller Welt bislang gezeigt haben

weitere Antragsteller*innen

Jannick Frank Roller (Freiburg KV); Tabitha Elkins (Alzey-Worms KV); Olaf Weber (Weimar-Stadt KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Hans Schmidt (Bad Tölz-Wolfratshausen KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Barbara Romanowski (Oberberg KV); Claudia Laux (Bernkastel-Wittlich KV); Michael Hoffmeier (Eichsfeld KV); Sebastian Schäfer (Oberberg KV); Gerhard Klünder (Warendorf KV); Regina Klünder (Kiel KV); Julian Breitschwerdt (Karlsruhe-Land KV); Peter Kallusek (Südliche Weinstraße KV); Karl-Heinz Trick (Ortenau KV); Jan Priegnitz (Dessau-Rosslau KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV)